

FR: Do, 14.12.2007

Förderung für Junge

Lernzentrum auch in Hanau

HANAU · Ein „Zentrum für Lebensbegleitendes Lernen“ (ZLL) soll auch in der Brüder-Grimm-Stadt entstehen. Den interfraktionellen Antrag des Kleeblatt-Bündnisses aus SPD, FDP, BfH (Bürger für Hanau) und Grünen hat das Stadtparlament jetzt einstimmig beschlossen. Mit dem von der Landesregierung verfolgten Konzept, regionale Initiativen für solche Zentren anzustoßen, sollen besonders junge Menschen im Übergang in die Arbeitswelt gefördert werden – und Erwachsene, die an ihrer beruflichen Qualifikation arbeiten wollen.

Ralf-Rainer Piesold erklärte für die FDP, es gebe derzeit acht Konzepte für „Pilotzentren“. Beteiligt an dieser Initiative der hessischen Landesregierung seien bisher die Landkreise Offenbach (Dreieich), Rheingau-Taunus, Waldeck-Frankenberg, Main-Taunus, der Landkreis Kassel sowie die Städte Frankfurt, Offenbach und Kassel. Aber auch Hanau sei als Mitglied geeignet dank „seiner hervorragenden, qualifizierten Einrichtungen“ wie etwa Berufsschulen, Kitas, Musikschulen, Volkshochschule, Jugendbildungswerk, Freiwilligenagentur, Seniorenbüro, Stadtbibliothek und Stadtbildstelle. Mit allen soll nun die Stadt im Zuge einer Konzeptionsentwicklung sprechen – und mit potenziellen Partnern wie Main-Kinzig-Kreis, Industrie- und Handelskammer sowie Gewerkschaften. Piesold: „Ein solches Zentrum wäre ein Imagegewinn für Hanau.“ Es helfe, Bildungs-Ressourcen zu bündeln und neue Technologien zu nutzen – wenn auch in einem „langwierigen Prozess“.

Für die CDU sagte Fraktionschef Franz Ott, ein „Haus des Lebensbegleitenden Lernens“ sei „wegweisend“. Stadtrat und Schuldezernent Rolf Frodl (CDU) pflichtete bei: Das Projekt habe zwar noch „einige Unschärfen“, sei aber „kühn“ und ein „Sprung in die Utopie“. Er warnte aber, es werde „einen Batzen Geld kosten“.

Für die Fraktion „Die Linke“ forderte Ulrike Feistel, den Antrag auch im Ausschuss für Kultur, Schule begleitend zu beraten, denn es sei ein „wegweisendes Projekt“. Doch sei unter anderem noch zu klären, wie regionale Fort- und Weiterbildung zum Bestandteil einer regionalen Strukturpolitik werden könne.

UTE